

15
85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 25. April 1985

Die SPD ist ein Friedens- und Sicherheitsrisiko

Mit großer Sorge beobachtet die Christlich Demokratische Union die immer tiefere Verstrickung der deutschen Sozialdemokratie in die von Jungsozialisten, Kommunisten und Teilen der sogenannten Friedensbewegung organisierten antiamerikanischen Aktionen. Der neue Bundesvorstand der CDU, der am Montag (21. 4. 1985) in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengerat, forderte die SPD-Führung auf, von diesen gegen die deutschen und europäischen Interessen gerichteten Aktivitäten Abstand zu nehmen und sich von deren Zielsetzung inhaltlich zu distanzieren.

Aus dem vom SPD-Parteivorstand und den Jusos herausgegebenen Aufruf zu der Großkundgebung gegen den amerikanischen Präsidenten in Neustadt an der Weinstraße am 5. Mai, werden die USA für „neue Massenvernichtungswaffen“, „Weltraumrüstung“, „die Unterdrückung der Länder der Dritten Welt“, „die Verschuldung und Elend der Entwicklungsländer“, um nur einige der unglaublichen Ausfälle in dieser Einladung zu zitieren, verantwortlich gemacht. Dem in freier und geheimer Wahl zweimal gewählten amerikanischen Präsidenten wird ausdrücklich das Recht abgesprochen, sich auf die demokratischen (Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe
lesen Sie:

■ KONJUNKTUR

Bundesbank hält Aufschwung
für gesichert Seite 2

■ BUNDESTAG

Norbert Blüm: Wir lassen die
Rentner nicht im Stich Seite 3

■ GENFER GESPRÄCHE

Stand der Abrüstungsverhandlungen
zwischen Ost und West Seite 7

■ DEMOSKOPIE

CDU-Parteitag in Essen fand
eine große Resonanz Seite 11

■ SPENDEN

Steuerliche Möglichkeiten nach
dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz Seite 13

■ DOKUMENTATION

Deutsche und europäische Interessen wahren / Regierungserklärung zu SDI von Helmut Kohl
Teil II: Erklärung von Heiner Geißler zu SDI vor der Bundestagsfraktion grüner Teil

■ CDU EXTRA

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Gedenkstunde anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen blauer Teil

Bundesbank: Aufschwung gesichert

Die Deutsche Bundesbank sieht in ihrem Jahresbericht für 1984 den Fortgang des konjunkturellen Aufschwungs in diesem Jahr als gesichert an. Anhaltende Geldwertstabilität sei eine wesentliche Voraussetzung, um dem Aufschwung möglichst Dauer zu verleihen und damit die Grundlage für eine Ausweitung der Beschäftigung zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit sei indessen weitgehend eine Folge von Strukturproblemen, die sich nur über einen längeren Zeitraum hinweg und in erster Linie mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen ließen. Die Erfahrungen mit öffentlichen Strukturhilfen seien nicht sehr positiv, da sie vielfach dazu geführt hätten, überholte Produktionsstrukturen zu konservieren.

Der wichtigste Konjunkturmotor sei die Exportwirtschaft, die in den beiden ersten Monaten dieses Jahres um 17 Prozent mehr Aufträge verbucht habe als ein Jahr zuvor und die ihre Geschäftsaussichten auch für die nächsten Monate als recht günstig einschätze. Der deutsche Exporterfolg gründe sich nicht nur auf die Konjunkturbelebung im Ausland und den gestiegenen Dollarkurs. Hinzu sei gekommen, daß die inländischen Anbieter ihre internationale Wettbewerbsposition erheblich verbessert hätten. Hierbei hätten Fortschritte bei der Umsetzung technischer Neuerungen und relativ geringere Kosten und Preiserhöhungen im Inland in die gleiche Richtung gewirkt.

(Fortsetzung von Seite 1)

schen Traditionen des Hambacher Festes zu berufen.

Diese Kampagne gegen eine der ältesten freiheitlichen Demokratien der Welt und gegen unseren wichtigsten Verbündeten ist, angesichts des von der Sowjetunion zu verantwortenden Völkermords in Afghanistan, der über 2 Millionen Insassen von sowjetischen Konzentrationslagern, der Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte und der permanenten Christen- und Judenverfolgung in der Sowjetunion, eine Provokation und ein politischer Anschlag auf Freiheit und Frieden in Deutschland und Europa. Daß diese Veranstaltung vom SPD-Vorstand organisiert wird und Präsidiumsmitglieder der SPD, wie Wischnewski, der SPD-Ministerpräsident Lafontaine zusammen mit einer sandinistischen Marxistin aus Nicaragua, auf dieser Veranstaltung sprechen, ist eine Verhöhnung aller deutschen Demokraten und dient den Interessen der Sowjetunion.

Die Unfähigkeit der SPD-Führung, des Parteivorsitzenden Willy Brandt und desstellvertretenden Parteivorsitzenden Johannes Rau, eine solche Skandalveranstaltung der SPD zu verhindern, offenbart die Konfusion und Zerstrittenheit innerhalb dieser Partei und die zunehmende Macht der Anti-NATO- und Neutralismusfraktion der SPD. Die politischen Opportunisten in der SPD, wie Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel, verspielen zur Zeit jeden nationalen und internationalen Kredit der Oppositionspartei. Diese den deutschen Interessen schädliche und Freiheit und Frieden gefährdende Entwicklung in der deutschen Sozialdemokratie zeigt sich außerdem einerseits in den einseitig positiven Reaktionen der SPD auf die jüngsten Propagandamanöver des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow und andererseits in der eilfertigen, pauschalen und totalen Ablehnung der amerikanischen Forschung für ein neues Verteidigungssystem. Die SPD ist inzwischen zu einem Friedens- und Sicherheitsrisiko für Deutschland und Europa geworden.

BUNDESTAG

Norbert Blüm: Wir lassen die Rentner nicht im Stich

Das am Freitag, 19. April 1985 vom Bundestag beratene Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen in der gesetzlichen Rentenversicherung enthält folgende Regelungen:

- Die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung werden für den Zeitraum vom 1. Juni 1985 bis zum 31. Dezember 1986 um 0,5 v.H. angehoben.
- Die Beiträge für die Bundesanstalt für Arbeit werden für den gleichen Zeitraum um 0,3 v.H. gesenkt.
- Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner beträgt ab 1. Juli 1985 4,5 v.H., ab 1. Juli 1986 5,2 v.H. und ab 1. Juli 1987 5,9 v.H.
- Der Bundeszuschuß 1985 wird bis zu 1,5 Milliarden DM um den Betrag erhöht, der erforderlich ist, um die gesetzlich vorgeschriebene Schwankungsreserve sicherzustellen.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte in der Bundestagsdebatte: „Dies ist ein Gesetz für die Sicherung der Renten. Zwei Gründe gibt es für dieses Gesetz: Das Rückkehrförderungsgesetz war erfolgreicher als wir erwartet haben, und der Arbeitskampf und seine Folgen hat die Rentenversicherung mehr gekostet als mit den vorhandenen Finanzmitteln verkraftbar war.“

1. Rückkehrförderung

Das Rückkehrförderungsgesetz war ein großer Erfolg. Es hat den ausländischen Arbeitnehmern geholfen. Sie kehrten nicht mit leeren Händen in ihre Heimat zurück

und der deutsche Arbeitsmarkt wurde entlastet.

Nicht 50000, wie ursprünglich angenommen, sondern dreimal mehr Ausländer kehrten mit ausgezahlten Rentenanwartschaften in ihre Heimatländer zurück. Kurzfristig ist Rückkehrförderung Geldentzug für die Rentenversicherung, langfristig jedoch eine Entlastung durch Befreiung von Ansprüchen und Risiken. 2,5 Milliarden DM hat uns das Gesetz gekostet. Die 2,5 Milliarden fehlen jetzt in der Rentenkasse. Aber die Rentenversicherung ist durch diese vorzeitige Auszahlung auch um viel höhere spätere Lasten befreit.

2. Arbeitskampf

Der Arbeitskampf 1984 hat zu Einnahmeausfällen in der Rentenversicherung geführt. Seine Folgen sind auch niedrigere Lohnabschlüsse, denn die Umsetzung des Produktivitätswachstums in Freizeit anstelle von Lohn geht an den Rentnern vorbei.

Das Gesetz liefert vier Beweise einer guten Politik für Rentner.

1. Es beweist die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung.
2. Es bestätigt eine Politik der sozialen Balance von Alt und Jung.
3. Es unterstreicht eine ehrliche Finanzierung unserer Sozialsysteme.
4. Es ist Ausdruck der Solidarität mit der älteren Generation.

Zu 1.:

Postwendend am gleichen Tag, an dem die neuen Schätzungen der Rentenversi-

cherungsträger bekannt wurden, trafen die Koalitionsfraktionen ihre Entscheidung für dieses Gesetz. Schneller hat noch keine Koalition gehandelt.

Zu 2.:

Zur Sicherung der Rentenfinanzierung tragen alle bei. Die Beitragszahler müssen mehr Beiträge bezahlen. Die Rentner beteiligen sich durch einen Krankenversicherungsbeitrag an den Kosten ihrer Krankenversicherung. Ihr Beitrag steigt schrittweise bis zur Hälfte jenes Betrages, den ihre Rentenversicherung an die Krankenversicherung abführt. Das entspricht auch der Leistung der Arbeitnehmer, die sich ihren Beitrag mit den Arbeitgebern teilen. Auch die SPD beabsichtigte in ihrer Regierungszeit, den Krankenversicherungsbeitrag bis zu dieser Höhe steigen zu lassen.

Helmut Schmidt hat in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 angekündigt, daß die Rentner „schrittweise bis zur Höhe des halben Krankenversicherungsbeitrags so wie aktive Arbeitnehmer an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt werden“.

Diesen Zeitpunkt erreichen wir am 1. Juli 1987. Deshalb wird in den kommenden beiden Jahren der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner jeweils um 0,7 Prozentpunkte angehoben.

Die Finanzbedürfnisse der Rentenversicherung werden also auf die Schultern von Alt und Jung gerecht verteilt. Die Rentenversicherung basiert auf der Solidarität der Generationen.

Zu 3.:

Wir befriedigen Finanzbedürfnisse dort, wo sie entstehen. Deshalb erhöhen wir den Beitrag in der Rentenversicherung, weil dort Geld gebraucht wird, und senken ihn in der Arbeitslosenversicherung, weil dort ein Überschuß ist. Die Alternative dazu wäre gewesen, daß die Arbeitslosenversicherung mehr Geld an die Rentenversicherung gezahlt hätte. Das ist aber nichts anderes als ein sozialpolitisches

Versteckspiel hinter dem Rücken der Beitragszahler. Wir finden es ehrlicher, auf offener Bühne darzustellen, wo Geld gebraucht wird und wo Geld übrig ist. Sozialpolitische Verschiebebahnhöfe gehören der Vergangenheit an.

Zu 4.:

Das Gesetz beweist die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft mit den Rentnern. Wir sind die erste Regierung, die den Bundeszuschuß bis zu 1,5 Milliarden DM erhöht. Wir lassen die Rentner nicht im Stich. Diese Erhöhung des Bundeszuschusses ist eine Premiere.

Unter der SPD kannte die Rentenversicherung nur Kürzungen des Bundeszuschusses.

1973 wurde der Bundeszuschuß um 2,5 Milliarden DM unverzinslich aufgeschoben.

1974 wurden 650 Millionen DM verzinslich aufgeschoben.

1975 dann 2,5 Milliarden DM.

Und weil sich die SPD offenbar so gut daran gewöhnt hatte, die Rentenkasse zur Ersatzkasse des Finanzministers zu machen, wurde der Bundeszuschuß 1981 nochmals um 3,5 Milliarden DM gekürzt. Die von der SPD für 1983 geplante Kürzung von 1,3 Milliarden DM haben wir um 400 Millionen DM schwächen können.

Wir stocken nicht nur den Bundeszuschuß auf, wir sind auch bereit, jederzeit und ohne Umstände der Rentenversicherung mit zinslosen Betriebsmitteldarlehen bis zu 5 Milliarden DM zur Seite zu stehen. Für uns ist Bundesgarantie nicht nur ein schönes Wort. Wir setzen sie in die Praxis um.

Wir haben eine schwierige Strecke der Rentenpolitik hinter uns, und noch große Aufgaben liegen vor uns. Die Belastungen, die wir Rentnern und Beitragszahler zumuten mußten, waren unumgänglich. Wir haben die Talfahrt der Rentenversicherung gebremst. Die Wende in der Rentenpolitik vollzieht sich nicht in einer Spitzkehre, sondern nur in einer großen Kurve. Ohne unser entschlossenes Handeln wür-

den der Rentenversicherung in dieser Legislaturperiode über 60 Milliarden DM fehlen. Und darin sind die heutigen Beschlüsse noch nicht mitgerechnet.

Wir machen eine Politik der Rentensicherheit. Das bestätigt uns der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, der davon spricht, selbst bei Annahme sehr vorsichtiger wirtschaftlicher Eckwerte sei der mittelfristige Zeitraum bis 1989 abgedeckt. Und das bestätigt uns auch die Bundesbank, die in ihrem neuesten Monatsbericht schreibt:

„Von ihrem Umfang her gesehen reichen die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen (mit einer Entlastung von insgesamt 16 Milliarden DM in den Jahren 1985 bis 1989) aller Voraussicht nach aus, um die Rentenversicherung nunmehr mittelfristig auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.“

Schließlich hat der Schätzerkreis der Rentenfachleute erst vorgestern bestätigt, daß die Finanzlage der Rentenkassen nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig in Ordnung ist.

■ Renten und verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer laufen nicht auseinander.

■ Die Schwankungsreserve in der Rentenversicherung wird mittelfristig aufgebaut und erhöht damit das finanzielle Polster.

■ Der Bund beteiligt sich finanziell an der stärkeren Belastung der Rentenversicherung.

■ Wir stärken die Generationensolidarität, weil Rentner und Aktive gleichermaßen an ihrer Krankenversicherung beteiligt sind.

■ Wir beschränken Mehrbelastungen zeitlich und in ihrem Umfang auf das absolute Minimum, um Arbeitsplätze zu sichern.

Rentner: Zustimmung zu unserer Politik

Die SPD attackiert die Rentenpolitik der Bundesregierung. Sie macht Stimmung unter den Rentnern und zerstört Gemeinsamkeiten. Aber sie irrt sich, wenn sie glaubt, Rentner und Bevölkerung hinter sich zu haben.

Eine Infratest-Repräsentativumfrage hat gerade bestätigt: Die Eckpunkte unserer Rentenpolitik werden von den Bürgern verstanden und unterstützt:

80 Prozent der Bevölkerung und 75 Prozent der Rentner sind der Ansicht, das Rentensicherheit wichtiger ist als stärkere Rentenerhöhungen. Bei den SPD-Anhängern sind es 78 Prozent, bei den Anhängern der GRÜNEN 76 Prozent. Das sollte den Funktionären zu denken geben.

Ich habe mehrfach gesagt: Den Rentnern geht es im allgemeinen recht gut. Ich bin dafür von vielen Seiten beschimpft worden. Aber ich trage Ihnen vor, was die Rentner selbst meinen:

73 Prozent sind der Ansicht, es gehe ihnen „sehr gut“, „gut“ oder „einigermaßen gut“.

76 Prozent der Gesamtbevölkerung, 72 Prozent der SPD-Anhänger und 75 Prozent der GRÜNEN sind dieser Meinung. Nur 7 Prozent der Rentner und 7 Prozent der Gesamtbevölkerung sind der Ansicht, es gehe den Rentnern schlecht. Das zeigt, wie weit sich die Funktionäre der SPD von der Stimmung der Basis entfernt haben. Und wem es schon nicht schlecht geht, dem soll es wenigstens eingeredet werden.

Ich will nicht die Differenzen vertiefen, sondern die Gemeinsamkeiten unterstreichen. In der Rentenpolitik brauchen wir Gemeinsamkeit. Deshalb rufe ich alle Kollegen auf: Laßt uns nicht wegen nebensächlicher Unterschiede streiten, laßt uns wegen gleicher Grundprinzipien gemeinsam handeln. Um der Rentner willen.

■ LANDWIRTSCHAFT

Hilfe für den bäuerlichen Familienbetrieb

Die Bundesregierung hat am Dienstag, 16. April 1985, den Entwurf eines Dritten Agrarsozialen Ergänzungsgesetzes beschlossen. Mit diesem Gesetz werde vor allem eine finanzielle Entlastung der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe angestrebt, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt.

Die Bundesregierung bringt damit ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, dem bäuerlichen Familienbetrieb auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu helfen. Es solle für die Zukunft im Ergebnis eine sozial gerechtere Verteilung der Bundesmittel in der gesetzlichen Alterssicherung der landwirtschaftlichen Unternehmer erreicht werden. Die beabsichtigte finanzielle Entlastung einkommensschwacher bäuerlicher Betriebe werde wesentlich dadurch erleichtert und verstärkt, daß gleichzeitig der Bundeszuschuß zur Altershilfe für Landwirte erhöht werde. Darüber hinaus solle die soziale Sicherung der hauptberuflich mitarbeitenden Familienangehörigen verbessert werden, erklärte Vogt.

Im einzelnen sind folgende Schwerpunkte vorgesehen:

1. Kleine und mittlere bäuerliche Betriebe sollen einen Zuschuß zum Einheitsbeitrag von heute 129 Mark monatlich erhalten, um sie in der Altershilfe für Landwirte finanziell zu entlasten. Dieser Zuschuß ist an der Einkommenssituation des Unternehmers und seines Ehegatten ausgerichtet;

dabei wird bei außerlandwirtschaftlichem Einkommen dessen Steuer- und Sozialabgabenbelastung berücksichtigt. In den ersten beiden Jahren seiner Einführung (1986/1987) soll der Zuschuß je nach Einkommenssituation im Unternehmen 25 Mark, 50 Mark oder 75 Mark pro Monat betragen. Schätzungsweise jeder zweite Beitragspflichtige wird zuschußberechtigt.

2. Der Bundeszuschuß in der Altershilfe für Landwirte soll künftig um 4 Prozentpunkte auf 79 Prozent der laufenden Geldleistungen erhöht werden; das bedeutet in 1986 eine Erhöhung um rund 110 Millionen Mark.

3. Jüngere hauptberuflich mitarbeitende Familienangehörige in der Landwirtschaft sollen mit in die Altershilfe für Landwirte einbezogen werden. Damit bekommen auch sie eine soziale Absicherung für den Fall der Invalidität und des Todes sowie eine eigenständige Alterssicherung. Diese soziale Sicherung wird durch Beiträge der landwirtschaftlichen Unternehmer gezahlt.

Diese Verbesserungen sollen am 1. Januar 1986 in Kraft treten. Der Bund wird dabei in den Jahren 1986 bis 1989 mit rund 110 bis 115 Millionen Mark jährlich belastet; die Solidargemeinschaft der Beitragszahler in der Altershilfe für Landwirte hat in dieser Zeitspanne ca. 40 bis 45 Millionen Mark jährlich zu tragen. Entsprechend der Finanzierungsregelung in der Altershilfe für Landwirte führen die Verbesserungen des Gesetzentwurfes im Jahre 1986 zu einer monatlichen Beitrags erhöhung von 5 bis 6 Mark.

Das Bundeskabinett hat darüber hinaus beschlossen, daß die Bundesregierung im weiteren Gesetzgebungsverfahren alle Bemühungen um einen eigenen Auszahlungsanspruch der Bäuerin beim Altersgeld unterstützen werde.

■ GENFER GESPRÄCHE

Stand der Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West

In einem Gespräch am 8. Januar 1985 haben die Außenminister Shultz und Gromyko amerikanisch-sowjetische Abrüstungsverhandlungen vereinbart, die am 12. März 1985 in Genf eröffnet wurden und deren erste Verhandlungs runde am Dienstag, 23. April 1985, abgeschlossen wurde. Am 30. Mai 1985 werden Amerikaner und Sowjets zur zweiten Runde zusammentreffen.

Ziel ist die Verringerung und Begrenzung der Nuklearwaffen (Mittelstreckenwaffen und interkontinental-strategische Waffen), der Weltraumwaffen und eine Stärkung der strategischen Stabilität. Es wurde vereinbart, die Probleme der interkontinentalen und Mittelstreckensysteme einerseits und der Weltraumsysteme andererseits als einen zusammenhängenden Fragenkomplex zu behandeln. Es ist deshalb erklärte Absicht der USA, diese drei Problemkreise gemeinsam zu erörtern und zu lösen. Demgegenüber vertritt die UdSSR noch den Standpunkt, daß zunächst eine Vereinbarung über Weltraumwaffen erzielt werden müsse.

Die Verhandlungen werden durch intensive Konsultationen der Vereinigten Staaten mit den europäischen Partnern begleitet. Es gibt direkte Konsultationen über die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen, von denen wir unmittelbar betroffen sind. Über die anderen Themen finden Konsultationen im NATO-Rat statt.

Bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) sieht der Westen ei-

nen Anknüpfungspunkt in der Bereitschaft, ein Ergebnis zu erzielen, das auf eine globale Obergrenze der Raketen und eine regionale Begrenzung von Mittelstreckenwaffen hinausläuft. Ziel bleibt weiterhin die vom Westen angestrebte „Null-Lösung“.

Bei den Verhandlungen über strategische Systeme (Interkontinentalraketen) können die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion an die nach Abschluß der 5. Verhandlungs runde am 8. Dezember 1983 unterbrochenen START-Gespräche (Strategic Arms Reduction Talks) anknüpfen. Unterschiedliche Vorstellungen gibt es hinsichtlich der Art der Reduzierung. Die USA wünschen eine Reduzierung der Gefechtsköpfe, die UdSSR eine Reduzierung der Abschußrampen.

Die Vorstellungen der Vereinigten Staaten über neue Weltraumsysteme befinden sich in einer Forschungsphase, die nicht verhandlungsfähig ist. Forschungen zu Raketenabwehrsystemen sind nach dem ABM-Vertrag von 1972 erlaubt. Ziffer E im Anhang des ABM-Vertrages bestimmt aber auch, daß die beiden Großmächte in Gespräche eintreten müssen, wenn neue strategische Möglichkeiten erreicht werden. Die USA können derzeit nicht sagen, ob eine Raketenabwehr notwendig ist. Sie müssen erst die Forschungsergebnisse abwarten. Die strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) spielt nur insoweit in Genf eine Rolle, als sie eine Perspektive hinsichtlich des Verhältnisses offensiver/defensiver

Waffen darstellt. — Nach Auffassung der Bundesregierung ist SDI ein Forschungsvorhaben, das von so strategischer Bedeutung ist, daß wir uns damit beschäftigen müssen. Strategische Stabilität kann aber nur erreicht werden, wenn mit der UdSSR Einigung über diese Frage erzielt wird. Durch die am 12. März aufgenommenen bilateralen Verhandlungen sind die multilateralen Verhandlungen in der Öffentlichkeit in den Hintergrund getreten. Dabei sind gerade die multilateralen Verhandlungen für die Bundesrepublik Deutschland sehr wichtig. Es gibt derzeit drei Foren:

■ **MBFR-Verhandlungen in Wien.** Das Ziel des Westens bei den MBFR-Verhandlungen ist darauf gerichtet, die Zahl der konventionell bewaffneten Truppen in Mitteleuropa beiderseitig ausgewogen auf ein niedrigeres Niveau zu bringen. Kernfragen sind die Angaben über die gegenwärtigen Streitkräftestärken und ihre Überprüfung (Verifikation). Die Sowjetunion hat am 11. Februar einen Vorschlag unterbreitet, in dem sie nationale Begrenzungen (Einfrierungen) fordert. Der Westen hat im April des letzten Jahres einen Vorschlag zur Überwindung der umstrittenen „Datenfrage“ unterbreitet. Diesen Vorschlag hat der Osten bisher nicht zurückgewiesen. Er hat bisher nicht darauf geantwortet.

■ Die Diskussion auf der **KVAE in Stockholm** ist vorangekommen, als man sich auf Arbeitsgruppen geeinigt hat. Es gibt Ansätze, das Mandat von Madrid zu konkretisieren. Im Mittelpunkt steht die Kontroverse um die Vereinbarungen: Der Westen legt Wert auf konkrete Vereinbarungen, der Osten auf deklaratorische Vereinbarungen (Gewaltverzichtsabkommen). Nach unserer Vorstellung liefe das darauf hinaus, daß das Gewaltverzichtsabkommen der UNO unterlaufen werden könnte. Unsere Vorstellung geht deshalb in Richtung einer Bekräftigung des bestehenden

Gewaltverzichts plus vertrauensbildende Maßnahmen.

■ Bei den am 5. Februar 1985 in Genf wieder aufgenommenen **Verhandlungen über das weltweite Verbot chemischer Waffen** bestehen wir darauf, verifizierbare Ergebnisse zu erzielen. Wir halten es nicht für möglich, zu einer regionalen Lösung zu kommen. Es wäre falsch, die Genfer Verhandlungen zu stören durch Herausnahme von Verhandlungen auf europäischer bzw. teileuropäischer Ebene (z. B. Gespräche zwischen SPD und SED). Wir streben eine Einigung über ein weltweites und verifizierbares Verbot aller chemischen Waffen an. — Die UdSSR hat in Genf erklärt, sie seien bereit, die Verifikationsprobleme zu lösen, ohne konkreter zu werden.

Mit den bestehenden Verhandlungen sind alle Themen im rüstungskontrollpolitischen Dialog einbezogen.

Lafontaine schlägt schon andere Töne an

Oskar Lafontaine, der im Wahlkampf an der Saar vollmundig erklärte, falls der Bundeskanzler in Bonn seinen Quasi-Verstaatlichungsvorstellungen im Hinblick auf den angeschlagenen Konzern ARBED-Saarstahl nicht folgen wolle, werde er ihm „das Tanzen“ beibringen, scheint bemerkt zu haben, daß er an den falschen Partner kommen könnte. Nachdem die Geschäftsleitung des hochverschuldeten Unternehmens eine weitere Finanzspritze in Höhe von 202 Millionen DM benötigt, schaltet der neue Saar-Ministerpräsident plötzlich um. Seine Töne werden moderat. Er will plötzlich mit Bonn über eine weitere Bundesbeteiligung für ARBED reden. Vom „Tanzlehrer“ Lafontaine ist da nicht mehr viel zu merken. Und von Verstaatlichungsplänen redet der „fixe“ SPD-Linke (zur Zeit) auch nicht mehr.

■ GEMEINDEN

Steuereinnahmen konnten 1984 erheblich verbessert werden

Nach den neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die Gemeinden 1984 ihre Steuereinnahmen um 3,3 Milliarden Mark oder 6,2 Prozent gegenüber 1983 verbessert und auf 57,1 Milliarden Mark gestiegt. Der größte Teil davon entfällt auf die Gewerbesteuer mit einem Plus von 2,3 Milliarden Mark oder 10,8 Prozent.

In diesen Zahlen zeigen sich eindeutig die Erfolge der Politik der Bundesregierung für die Gemeinden:

— Die bessere wirtschaftliche Entwicklung läßt die Einnahmen bei der Gewerbesteuer steigen.

— Die von der Bundesregierung Helmut Kohl durchgesetzte Senkung der kommunalen Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder läßt mehr von der Gewerbesteuer in den kommunalen Kassen als früher.

Die gute Einnahmesituation der Gemeinden hat bewirkt, daß sie insgesamt gesehen 1984 seit Jahren zum ersten Mal ohne Finanzierungsdefizite abschließen konnten. Sicherlich gibt es dabei örtliche Unterschiede, diese müssen durch den Finanzausgleich, soweit wie eben möglich, ausgeglichen werden. Aber das Ergebnis ist sehr erfreulich und widerlegt in klaren Zahlen die Schwarzmalerei der SPD über die kommunale Finanzsituation. Es zeigt sich einmal mehr, daß die beste Initiative für die Gemeindekassen eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes ist.

Die Gemeinden, die jetzt über eine verbesserte Finanzsituation verfügen, sind aufgerufen, ihre Möglichkeiten für dringende Investitionen im Umweltschutz und Städtebau zu nutzen. Damit kann ein entscheidender Beitrag für die Beschäftigung in der Bauwirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen geleistet werden, erklärt Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär und Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. ■

Medienpolitische Grundsätze vom Bundesvorstand verabschiedet

Der neugewählte Bundesvorstand hat auf seiner konstituierenden Sitzung am Montag, 21. April 1985, in Bonn die medienpolitischen Grundsätze der CDU/CSU verabschiedet. Der Landesvorstand der CSU stimmte diesem Programm bereits vor einiger Zeit zu. Damit sind die medienpolitischen Grundsätze verbindliche Basis für die politische Arbeit der Union. Sie sind nach der Erarbeitung durch den Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU in den beiden Schwesternparteien und auf einem gemeinsamen Medienkongreß im Februar in Mainz ausgiebig diskutiert und der Öffentlichkeit vorge stellt worden.

Exemplare der medienpolitischen Grundsätze (veröffentlicht in UiD 2/85) können in der Bundesgeschäftsstelle der CDU unter der Telefonnummer 544-477 angefordert werden.

■ BUNDESFACH-AUSSCHÜSSE

Die behinderten Bürger sollen nicht verunsichert werden

Gerade weil behinderte Menschen ein schwereres Schicksal als ihre nichtbehinderten Mitbürger zu tragen haben, müssen die Auswirkungen der vorgesehenen Novellierung auf die Lebenssituation unserer behinderten Mitbürger sehr genau bedacht werden, erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Senator Ulf Fink, zur geplanten Novellierung des Schwerbehindertengesetzes.

Der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ unterstützt daher die Empfehlung des Bundesrates, keine großangelegte Überprüfung von Anerkennungsbescheiden der Schwerbehinderten gesetzlich vorzusehen. Die vorgesehene Überprüfung der Anerkennungsbescheide brächte einen unvertretbaren Verwaltungsaufwand mit sich, der in keinem Verhältnis zu dem erwarteten Ergebnis stehen würde. Eine millionenfache Beunruhigung von behinderten Mitmenschen sollte nicht in Kauf genommen werden, um einige durchaus vorhandene bürokratische Fehler bei der Einstufung der Schwerbehinderten auszuräumen.

Auch wenn in der Bevölkerung in den letzten Jahren häufig der Verdacht auf mißbräuchliche Einstufungen aufgekommen ist, gilt es dennoch festzuhalten: Wir sind und wir werden kein Volk von Schwerbehinderten! Dies belegt auch die Entwicklung des letzten Jahres. Obwohl rund 500 000 Personen Anträge nach dem

Schwerbehindertengesetz einreichten, ist im letzten Jahr die Anzahl der Schwerbehinderten um weniger als 30 000 Personen angewachsen.

Eine rückwirkende Überprüfung der Einstufungen würde wegen des überwiegend höheren Alters der Schwerbehinderten und der damit oft verbundenen Zunahme des Grades der Behinderung, zudem auch nur einen sehr geringen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte leisten. Wenn der Anspruch einer menschengerechten und unbürokratischen Sozialpolitik für Behinderte aufrecht erhalten wird, dürfen die Betroffenen nicht unnötigerweise verunsichert werden.

Gerade die behinderten Bürger haben in der CDU stets einen Ansprechpartner und eine verlässliche Vertretung ihrer Interessen gefunden. Die CDU wird auch weiterhin dieser Verpflichtung gerecht werden.

Schiffsbau braucht Flankenschutz aus Bonn

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik der CDU forderte die Bundesregierung auf einer Außentagung am 12. April 1985 in Bremen auf, dem Schiffsbau, der Seeschifffahrt und den deutschen Seehäfen weiter politischen und finanziellen Flankenschutz zu geben, damit sie sich trotz erheblicher Wettbewerbsnachteile international durch überlegene Qualität ihrer Produktion, Zuverlässigkeit und hohen technologischen Standard behaupten können. Der Ausschuß hat sich auf der Tagung in Bremen auch ausführlich mit den Strukturproblemen der Küstenregion befaßt.

Vielfach sind die Probleme nicht hausgemacht, sondern auf internationale Einflüsse und nicht kommerzielle Konkurrenz zurückzuführen. Ohne politischen Flankenschutz und ohne materielle Hilfe kann die Konkurrenzfähigkeit der betroffenen Wirtschaftszweige und ihre Arbeitsplätze nicht gesichert werden.

■ DEMOSKOPIE

CDU-Parteitag in Essen fand große Resonanz

Der 33. Bundesparteitag der CDU im März dieses Jahres in Essen hat nicht nur eine breite Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden, sondern auch dazu geführt, daß eine Mehrheit der CDU die Lösung der wichtigen Frauenpolitischen Probleme zutraut. Aus Untersuchungen, die die demoskopischen Institute Infratest in München und Getas in Bremen im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellten, ergibt sich, daß 78 Prozent der in Nordrhein-Westfalen befragten 1200 Bürger vom Parteitag der CDU Kenntnis genommen hatten.

1. Informationsstand über den Bundesparteitag

Der „Frauenparteitag“ der CDU hat in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung eine hohe Resonanz — insbesondere bei der eigenen Anhängerschaft — gefunden.

Fast 80 Prozent der Nordrhein-Westfalen haben in den Medien über den Parteitag gehört oder gelesen. Von den CDU-Anhängern zeigen sich sogar 85 Prozent über den Parteitag informiert. Besonders aufmerksam wurde der Parteitag außerdem von der grundsätzlich hoch informierten FDP-Anhängerschaft verfolgt. Die Wähler der SPD und der GRÜNEN haben den Parteitag in deutlich geringerem Maße wahrgenommen. Immerhin haben über 70 Prozent der jeweiligen Anhängergruppen etwas über den Parteitag gehört. Auch die Herausstellung der Frauenpolitik als zentrales Thema des Parteitages ist bei der Bevölkerung angekommen. Mehr als die Hälfte derjenigen, die vom Bundesparteitag etwas gehört haben, erkannte das Frauenthema als das Hauptthema des Parteitages wieder. Nur etwa acht Prozent fanden, daß ein anderes Thema im Vordergrund des Parteitages stand. Etwa ein Drittel konnte sich nicht daran erinnern, ob ein spezifisches Thema beim Parteitag dominierte.

Informationsstand über den Bundesparteitag der CDU in Essen

	Von dem Bundesparteitag der CDU in Essen		
	haben etwas gehört in Prozent	haben nichts gehört in Prozent	weiß nicht/keine Angabe in Prozent
Insgesamt	78	21	2
CDU-Anhänger	85	15	0
SPD-Anhänger	76	24	1
FDP-Anhänger	95	5	0
Anhänger der GRÜNEN	71	26	4

Von CDU-Anhängern wurde das Frauenthema etwas häufiger wiedererkannt als von SPD-Anhängern. Noch informierter

über das Frauenthema zeigten sich allerdings die Anhänger der FDP und besonders die Anhänger der GRÜNEN.

Thema des Bundesparteitages

	Als Hauptthema des Bundesparteitages wurde wahrgenommen*		
	Thema: Frauen in Prozent	anderes Thema in Prozent	kann sich nicht erinnern in Prozent
Insgesamt	55	8	36
Männer	69	8	30
Frauen	48	8	42
CDU-Anhänger	57	8	35
SPD-Anhänger	54	9	35
FDP-Anhänger	60	8	33
Anhänger der GRÜNEN	72	4	26

Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, März 1985

* Nur Befragte, die von dem Bundesparteitag der CDU gehört hatten

Daß Männer die zentrale Thematik eher wiedererkannten als Frauen, an die dieser Parteitag primär gerichtet war, liegt nicht daran, daß ihnen die Thematik nicht nahegebracht werden konnte. Es ist vielmehr auf das generell geringere politische Interesse von Frauen zurückzuführen, das sich auf ihr politisches Informationsverhalten auswirkt. Frauen verfolgen die Medien seltener als Männer und hatten damit eine geringere Chance, die Thematik des Bundesparteitages wahrzunehmen.

2. Die Wirkung des Frauenthemas auf die Parteikompetenzen

Die CDU stieß mit der Thematik ihres Parteitages deshalb auf ein besonders großes Interesse in der Bevölkerung, weil ca. 82 Prozent der Nordrhein-Westfalen Frauenthemen für sehr wichtig oder wichtige Themen halten. Es ist ihr außerdem gelungen, Themen der Frauenpolitik deutlich mit hohen Kompetenzen zu be-

setzen. Nach dem Parteitag meinen 30 Prozent der Nordrhein-Westfalen die CDU werde sich in Zukunft am meisten um die Probleme der Frauen kümmern. Nur 22 Prozent glauben dies von der SPD. Dieses Ergebnis ist deshalb besonders bedeutend, weil noch im Januar dieses Jahres 40 Prozent der SPD, aber nur 20 Prozent der CDU zubilligten, die Probleme von berufstätigen Frauen am besten lösen zu können. Dies ergab eine Repräsentativumfrage des SFK mit 2000 Bürgern in Nordrhein-Westfalen. Der Parteitag hat hier also — zumindest kurzfristig — zu einem Umdenkungsprozeß geführt. Bemerkenswert ist dabei auch, daß selbst 15 Prozent der SPD-Anhänger nach dem Parteitag die Union in Themen der Frauenpolitik für kompetenter halten als ihre eigene Partei. Daran zeigt sich, daß der Frauenparteitag der Union nicht nur insgesamt eine hohe Beachtung gefunden hat, sondern daß darüber hinaus seine Wirkungen bis in das gegnerische Lager hineinreichen.

■ MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Steuerliche Möglichkeiten nach dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz

Das seit dem 1. Januar 1984 gültige Parteiengesetz hat zu einer nicht unerheblichen Verbesserung der steuerlichen Möglichkeiten bei der Geltendmachung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden an politische Parteien geführt. Der steuerliche Vorteil, den Beitragszahler — vor allem unterer und mittlerer Einkommensklassen — haben können, ist teilweise erheblich höher als früher. Dies war politisch gewünscht und ist sachlich voll gerechtfertigt.

Der Gesetzgeber hatte mit dieser Neuregelung natürlich nicht eine zusätzliche Steuererleichterung für den Beitragszahler im Auge, vielmehr sollte mit der Verbesserung ein verstärkter Anreiz für die Zahlung höherer Beiträge gegeben werden. Höhere Beiträge können nach der Neuregelung, wie die folgenden Beispiele belegen, das Mitglied netto das gleiche „kosten“ wie bei der früheren Regelung sein niedrigerer Beitrag.

**1. Beispiel:
ein Lediger, Stkl. I, mtl. Bruttogehalt 2500,— DM (13. Monatsgehalt)**

dies entspricht einem zu versteuernden Einkommen von ca. 26 700,— DM

der Grenzsteuersatz auf dieses zu versteuernde Einkommen beträgt 33 1/3 Prozent
CDU-Beitrag (mtl. 6,— DM) 72,— DM
% Steuerersparnis nach altem Recht:

Einkommensteuer 33 1/3 Prozent	24,— DM
Kirchensteuer 9 Prozent von 24,— DM	2,— DM
	26,— DM
= effektive Belastung des Beitragszahlers	46,— DM

Die Steuerersparnis nach neuem Recht beträgt 50 Prozent des Beitrags.

Um die gleiche effektive Belastung des Beitragszahlers zu erreichen, kann zukünftig ein Beitrag von 92,— DM pro Jahr erhoben werden (mtl. 8,— DM).

**2. Beispiel:
ein Verheirateter, Stkl. III/I,
mtl. Bruttogehalt 3 500,— DM
(13. Monatsgehalt)**

dies entspricht einem zu versteuernden Einkommen von ca. 35 300,— DM

der Grenzsteuersatz auf dieses zu versteuernde Einkommen beträgt ca. 22 Prozent
CDU-Beitrag (mtl. 8,— DM) 96,— DM

% Steuerersparnis nach altem Recht:

Einkommensteuer 22 Prozent 21,— DM

Kirchensteuer 9 Prozent von 21,— DM ca. 2,— DM

= effektive Belastung des Beitragszahlers 73,— DM

Die Steuerersparnis nach neuem Recht beträgt 50 Prozent des Beitrags.

Um die gleiche effektive Belastung des Beitragszahlers zu erreichen, kann zukünftig ein Beitrag von 146,— DM pro Jahr erhoben werden (mtl. 12,— DM).

**3. Beispiel:
ein Ehepaar, beide Stkl. IV/0,
gemeins. Jahresgehalt 80 000,— DM**

dies entspricht einem zu versteuernden Einkommen von ca. 69 600,— DM

der Grenzsteuersatz auf dieses zu versteuernde Einkommen beträgt 39 Prozent

CDU-Beitrag (mtl. 15,— DM) 180,— DM

%. Steuerersparnis nach altem Recht:
Einkommensteuer 39 Prozent ca. 70,— DM

Kirchensteuer 9 Prozent von 70,— DM ca. 6,— DM

76,— DM

= effektive Belastung des Beitragszahlers 104,— DM

Die Steuerersparnis nach neuem Recht beträgt 50 Prozent des Beitrags.

Um die gleiche effektive Belastung des Beitragszahlers zu erreichen, kann zukünftig ein Beitrag von 208,— DM pro Jahr erhoben werden (mtl. 17,— DM).

Nach den oben aufgeführten Beispielen kann der Beitrag ohne Mehrbelastung für den Beitragszahler

im Beispiel 1 von monatlich 6,— DM auf 8,— DM = 33,23 Prozent

im Beispiel 2 von monatlich 8,— DM auf 12,— DM = 50 Prozent

im Beispiel 3 von monatlich 15,— DM auf 17,— DM = 13,33 Prozent

steigen.

Der Steuervorteil aufgrund des neuen Rechtes wird mit zunehmendem Einkommen geringer.

Für Einkommen in der unteren Proportionalzone und Einkommen in dem unteren Progressionsbereich des Einkommensteuertarifs können Beitragserhöhungen von 30 bis 50 Prozent ohne Nachteil für den Beitragszahler durchgeführt werden.

Jenninger sprach auch über die Lage der Rußland-Deutschen

Die „deutsch-sowjetischen Parlamentarierbeziehungen haben sich — trotz mancher Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten — bewährt“. Neben dem Kontakt auf Regierungsebene seien sie eine „wichtige Säule der Beziehungen unserer Völker“. Das unterstrich Bundestagspräsident Philipp Jenninger bei einem Abendessen zu Ehren der Delegation des Obersten Sowjet. Den Besuch der Delegation bezeichnete er als ein „hoffnungsvolles Zeichen“ für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Gute Beziehungen seien nicht nur „für unsere beiden Länder“, sondern auch für die Lage in Europa insgesamt von hohem Wert.

Der Bundestagspräsident wies auch auf die Lage von Tausenden sowjetischer Bürger deutscher Nationalität hin. Es wäre „für uns ein ermutigendes Zeichen der Aussöhnungsbereitschaft“ der Sowjetunion gegenüber den Deutschen, wenn die ins Stocken geratene Familienzusammenführung wieder in Gang käme.

Delegationsleiter Michail W. Simjanin hatte bei einem Empfang zuvor darauf hingewiesen, daß seine Delegation als „Gesandte des guten Willens“ nach Bonn gekommen sei. Er sprach eine Einladung für eine Bundestagsdelegation nach Moskau aus, die der Bundestagspräsident annahm.

Bei ihrem Besuch in Bonn traf die Delegation auch mit der Deutsch-Sowjetischen Parlamentariergruppe zusammen und führte Gespräche mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Alfred Dregger.

■ STÄDTEBAUFÖRDERUNG

1 Milliarde DM für die Stadterneuerung

Bundesbauminister Oscar Schneider hat 280 Millionen DM an Städtebauförderungsmitteln im Rahmen des Bundesprogramms 1985 an die Länder verteilt. Für zusätzliche 50 Millionen DM, die ebenfalls noch in diesem Jahr für die Städtebauförderung eingesetzt werden, soll ein Nachtragsprogramm aufgestellt werden. Zu diesen Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 330 Millionen DM treten gleich hohe Beträge der Länder und Gemeinden.

Damit werden 1985 rund 1 Milliarde DM Städtebauförderungsmittel in den vom Bund geförderten mehr als 600 gemeindlichen Maßnahmen eingesetzt. Sie sollen private und kommunale Erneuerungsinvestitionen anstoßen und neben der städtebaulichen und sozialen Zielsetzung auch beschäftigungspolitische Impulse auslösen.

Minister Schneider unterstrich aus diesem Anlaß erneut die kommunalpolitische und bauwirtschaftliche Bedeutung der Stadterneuerung. Die Investitionen in diesem Bereich seien entscheidender Motor der örtlichen Bautätigkeit. In diesem Bereich liege ein ganz zentrales Aufgabenfeld für die Bauwirtschaft in den kommenden Jahren.

Der Bund hat sich bisher an 840 Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz beteiligt. Im Bundesprogramm 1985 entfallen die höchsten Förderbeträge auf die Sanierungsmaßnahmen Köln-Severinsviertel (4,5 Millionen DM) und Dortmund-Dorstfeld (3,5 Millionen DM) sowie Berlin-Schöneberg, -Kreuzberg, Übach-Palenberg und Lübeck (mit je 3,0 Millionen DM).

Die geförderten Maßnahmen reichen

- von großflächigen Innenstadtsanierungen (z.B. in Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Dortmund, Duisburg, Essen, Fürth)
- über die Erhaltung historischer Bausubstanz und Stadtstrukturen (wie in Bamberg, Heidelberg, Lübeck, Marburg, Regensburg, Wolfenbüttel),
- die behutsame Erneuerung von Wohnvierteln (z.B. in Berlin-Kreuzberg, Hamburg-Eimsbüttel, Hannover-Linden, Köln-Mülheim, Ludwigshafen-Hemshof, München-Haidhausen, Nürnberg-Gostenhof, Saarbrücken)
- bis hin zur Dorferneuerung (in Be-scheid, Cremlingen-Abbenrode, Keitum auf Sylt, Mehring, Pfeffenhausen, Wangerland-Hooksiel).

Die Städtebauförderungsmittel für 1985 verteilen sich folgendermaßen auf die Bundesländer:

Baden-Württemberg	39,303 Mio. DM
Bayern	46,730 Mio. DM
Berlin	15,422 Mio. DM
Bremen	4,450 Mio. DM
Hamburg	7,927 Mio. DM
Hessen	25,173 Mio. DM
Niedersachsen	32,266 Mio. DM
Nordrhein-Westfalen	71,874 Mio. DM
Rheinland-Pfalz	18,358 Mio. DM
Saarland	4,923 Mio. DM
Schleswig-Holstein	13,574 Mio. DM

Bundesprogramm 1985

— Teil I — 280,000 Mio. DM

zuzüglich

Nachtragsprogramm 1985 50,000 Mio. DM

Bundesmittel insgesamt 330,000 Mio. DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITAT

Der Preis

Uns kann es nicht gleichgültig sein, wenn die amerikanische öffentliche Meinung ihrem Präsidenten, der am geplanten Besuch auf dem Bitburger Soldatenfriedhof festhalten will, vernichtende Noten erteilt. Wir müssen betroffen sein, wenn ein prominenter israelischer Sprecher diesen Vorsatz Ronald Reagans mit einem „Sieg Hitlers“ und der Entweihung des Andenkens an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus gleichsetzt.

Was immer auf dem Gedenkprogramm des Präsidenten in Deutschland stehen wird, kann Gegnerschaft und Widerspruch nicht mehr auflösen. Die SS-Rune, das schreckliche Symbol der Marter und Vernichtung von Millionen Juden entehrt in den Augen der Überlebenden die Geste der Versöhnung; und das gilt unabhängig von der Tatsache, daß die Mehrzahl der 47 jungen SS-Männer, die zwischen den 2000 begrabenen Soldaten auf dem Friedhof von Bitburg liegen, vor ihrem Tod in den Ardennen keine Wahl hatten, diese oder irgendeine andere Uniform anzuziehen.

Der Mord an Millionen Juden und die Zerstörung ihrer Menschenwürde weist auf eine andere Kategorie von Opfern. Beide in der Bilanz des NS-Regimes gleichzustellen, ist auch vierzig Jahre danach unzulässig. Doch da dieser Unterscheidung durch den Besuch von Reagan in der Gedenkstätte von Bergen-Belsen Rechnung getragen wird, sollte es bei aller gerechten Emotion um eine Versöhnungsgeste über deutschen Soldatengräbern möglich sein, die moralische Integrität und den guten Willen auf allen Seiten zu erkennen.

Der Bundeskanzler hat am 21. April 1985 in Bergen-Belsen frei vom Nebel der Vorbehalte die geschichtliche Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft fest umrissen. Und er hat in Anlehnung an das Wort des ersten Bundespräsidenten an die nie verjährende Scham erinnert, mit der Deutschland in wacher Erinnerung an das schmerzlichste Kapitel seiner Geschichte zu leben habe. Von hier aus sollte ein gerader und für alle gangbarer Weg durch das Programm des gemeinsamen Gedenkens führen. Es muß Sieg, Befreiung und Niederlage, aber auch der Partnerschaft mit einer erfolgreichen Demokratie der Deutschen gerecht werden.

Bonner Generalanzeiger, 21. April 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD